

A decorative graphic consisting of a grid of dots in various shades of gray and red, arranged in a pattern that suggests a map of Latin America.

Möglichkeiten und Grenzen einer progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik in Lateinamerika

Das Beispiel Uruguay

ANDREAS WILLE | KATHARINA MEIER

November 2010

- Die unter dem Mitte-Links-Bündnis *Frente Amplio* seit 2005 in Uruguay umgesetzten Reformen gelten als Erfolgsbeispiel einer progressiven Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik in Lateinamerika.
- Die Bilanz der Reformen, denen ein Politikfeld übergreifendes Gesamtkonzept und das Verständnis eines aktiven Staates zugrunde liegt, kann sich in der Tat sehen lassen: Nach Jahrzehnten des Niedergangs und einer schweren Wirtschaftskrise 2002 hat Uruguay wieder Anschluss an die Weltwirtschaft gefunden. Die Ausweitung der sozialen Sicherung und die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmer(innen) führten gleichzeitig zu spürbaren Wohlstandsgewinnen bei großen Teilen der Bevölkerung.
- Zum Erfolg der Reformen trug bei, dass sie in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs umgesetzt werden konnten. Einige der strukturellen Probleme Uruguays, wie beispielsweise die mangelnde Qualität und Chancengleichheit im Bildungssektor, bestehen jedoch fort.



Fast 180 Jahre nach der Staatsgründung kam in Uruguay 2005 erstmals ein Mitte-Links-Bündnis an die Macht. In ihrer ersten Amtsperiode unter Präsident Tabaré Vázquez leitete die *Frente Amplio*, ausgestattet mit der absoluten Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments, eine Reihe von Strukturreformen in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik ein, die selbst im Kreis der progressiven Regierungen Lateinamerikas als wegweisend gelten. Doch wird die uruguayische Reformpolitik ihrem Ruf als »Modellfall« in der Region gerecht?

Das wirtschaftliche Umfeld: Reformen in Zeiten des Aufschwungs

Als die *Frente Amplio* die Regierung übernahm, befand sich Uruguay an einem historischen Wendepunkt. Das Land war 2002 im Zuge der Argentinienkrise von der schwersten Wirtschaftskrise in seiner Geschichte getroffen worden, die zu rapide ansteigender Arbeitslosigkeit, Armut, einer Ausweitung des informellen Sektors und empfindlichen Reallohnneinbußen geführt hatte.

2005 setzte eine wirtschaftliche Erholung ein, die dem Land bis heute hohe Wachstumszahlen beschert. Der Auslöser für den wirtschaftlichen Boom geht auf die hohen Weltmarktpreise für die Exportprodukte des Landes – in erster Linie unverarbeitete Agrargüter – zurück.

Uruguays Wirtschaftspolitik hat zum Ziel, das gegenwärtig günstige internationale Umfeld zu nutzen, um die wirtschaftlichen Strukturen des Landes zu diversifizieren, die Krisenanfälligkeit zu reduzieren und auf diese Weise das Fundament für ein nachhaltiges Wachstum zu legen. Die wirtschafts- und fiskalpolitischen Strategien der beiden Regierungen der *Frente Amplio* sind dabei denkbar orthodox. Als Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung gelten ausländische Direktinvestitionen. Im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen setzt Uruguay nicht alleine auf seinen Ruf als Land mit ausgeprägter politischer Stabilität und Rechtssicherheit, sondern greift auch auf zahlreiche Investitionsanreize wie Steuerbefreiungen oder die Gründung von Freihandelszonen zurück. *Public-Private-Partnerships*, für die uruguayische Linke bis vor wenigen Jahren noch ein Tabu, sollen dabei helfen, die umfangreichen Investitionen in den notwendigen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur zu stemmen. Mit Investitionen in den Hafen-, Flughafen- und Straßenbau, die Energieversorgung und

die Telekommunikation zielt Uruguay darauf ab, sich als Logistkdrehscheibe im Süden des Subkontinents und als regionaler Dienstleistungsstandort zu positionieren. Das wirtschaftliche Wachstum spricht für einen Erfolg dieser Entwicklungsstrategie: Zwischen 2005 und 2009 wuchs das BIP im Schnitt jährlich um sechs Prozent (Prognose für 2010: 8,4 Prozent). Als eines der wenigen Länder Lateinamerikas fiel Uruguay, dank anhaltendem Binnenkonsum und der Ausweitung der öffentlichen Nachfrage, auch im Krisenjahr 2009 nicht in die Rezession (2,9 Prozent Wachstum). Die Arbeitslosigkeit halbierte sich von 15 Prozent im Jahr 2001 auf aktuell 7,4 Prozent. Diese Zahlen können jedoch über ein strukturelles Problem der uruguayischen Wirtschaft nicht hinwegtäuschen: Das heimische produzierende Gewerbe leidet unter einer geringen Produktivität und Innovationsfähigkeit. In den vergangenen Jahren sind kaum Fortschritte beim Export weiterverarbeiteter Produkte mit höherer Wertschöpfung erzielt worden.

Die Arbeitsmarktreformen: Instrument zur Teilhabe am Wachstum

Die *Frente Amplio* ist für ihr Versprechen gewählt worden, die Lebenssituation breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern und sie am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben zu lassen. Voraussetzung hierfür sind Arbeitsplätze im formalen Sektor. Die Arbeitsmarktreformen dienten der Regierung daher als strategisches Instrument, um Jobs in den formalen Sektor zu überführen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Den Schlüssel zur Transformation der Arbeitsbeziehungen stellt die Reform des Kollektivvertragungssystems dar. Mit der Regierungsübernahme 2005 wurden zunächst die sogenannten Lohnräte wiederbelebt, in denen neben den Tarifparteien auch der Staat, der über die entscheidende Stimme verfügt, am Verhandlungstisch sitzt. Der Staat kehrte damit in die Arena der Arbeitsbeziehungen zurück, die er in den 1990er Jahren im Rahmen der Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitik verlassen hatte. Ende 2009 folgte schließlich die gesetzliche Verankerung des Rechts auf Kollektivverhandlungen: Anders als in der Vergangenheit hängt die Einberufung der Lohnräte nun nicht mehr vom Willen der amtierenden Regierung ab. Die aktive Rolle der Regierung Vázquez in den Lohnräten führte nicht nur dazu, dass die Reallöhne zwischen 2005 und 2009 um 24 Prozent stiegen und damit der Kaufkraftver-



lust der abhängig Beschäftigten während der Krise 2002 aufgewogen wurde. Mit der Rückkehr zu Verhandlungen auf Branchenebene gewannen auch die Gewerkschaften wieder an Macht: Seit dem Jahr 2003 hat sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad verdreifacht. Über die Gründung eigener Lohnräte war es möglich, Berufsgruppen wie Hausangestellte oder Landarbeiter(innen), die traditionell in der Informalität arbeiteten, in den formalen Sektor zu überführen. 76,8 Prozent der Erwerbstätigen Uruguays sind heute sozialversicherungspflichtig beschäftigt, gegenüber 60,4 Prozent im Jahr 2004. Uruguay führt damit die Rangliste formaler Beschäftigung in Lateinamerika an.¹

Mehr als 35 neue Gesetze erweitern die Arbeitnehmer(innen)- und Gewerkschaftsrechte und verstärken die Regulierung der Arbeitsbeziehungen (z.B. im Bereich des *Outsourcing*). Durch die Intervention des Staates wurden die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitgeber(innen) und Arbeitnehmer(innen) damit grundlegend neu austariert. Nicht bei allen Reformen fand die Regierung, die personell eng mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden ist, dabei das rechte Maß. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gab in zwei Fällen den Arbeitgebervertreter(innen) recht, die gegen eine Verletzung von in ILO-Deklarationen verbrieften Arbeitgeber(innen)rechten durch die uruguayische Regierung geklagt hatten. Dessen ungeachtet beweist die anhaltend hohe Wachstumsdynamik der uruguayischen Wirtschaft, dass sich eine Stärkung der Arbeitnehmer(innen)rechte und die Formalisierung des Arbeitsmarktes mit wirtschaftlichem Wachstum in Einklang bringen lassen. Außer Frage steht dabei, dass die Wahrung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit für ein Land der Größe Uruguays, das faktisch über keinen Binnenmarkt verfügt und notgedrungen auf den Weltmärkten konkurrieren muss, alternativlos ist.

Die Steuerreform: Möglichkeiten und Grenzen

Soziale Ungleichheit und schwache Steuersysteme gehen in den meisten lateinamerikanischen Ländern Hand in Hand. Auch das uruguayische Steuersystem zeichnete sich bis zu seiner Reform 2008 durch Intransparenz,

mangelnde Effizienz in der Steuererhebung und eine regressive Einnahmestruktur aus. Die Reform leitete eine umfassende Neuordnung des Steuersystems ein. Als erster Schritt wurde die Steuerbehörde radikal umstrukturiert und modernisiert, damit die nachfolgende Reform des Steuersystems nicht (wie in anderen Ländern der Region) an strukturellen Defiziten der Steuerverwaltung scheitern würde. Herzstück der Reform ist die Einführung der *IRPF* (*Impuesto a las Rentas de las Personas Físicas*), mit der Einkommen aus abhängiger und selbständiger Arbeit sowie Kapitalerträge besteuert werden. Damit wurde die Steuerbasis erheblich erweitert und das System gerechter gestaltet.² Im Gegenzug wurde ein Großteil der 28, zum Teil völlig marginalen, Steuern abgeschafft und die Mehrwertsteuer auf 22 Prozent gesenkt. Spezifische Anreize für Investoren und kleine Unternehmen sollen verhindern, dass aufgrund der Steuerreform ausländische Investitionen ausbleiben und Kleinunternehmen in die Informalität flüchten.

Trotz ihrer Erfolge zeigt die Reform aber auch die Grenzen auf, die der Steuerpolitik im Hinblick auf ihre Umverteilungswirkung und Ressourcengenerierung gesetzt sind. Zwar wurde die Reform so konzipiert, dass nur das vermögendste Fünftel der Bevölkerung steuerlich stärker belastet wird und 80 Prozent der Bevölkerung vielmehr entlastet werden. Darüber hinaus hat das Gewicht der indirekten Steuern an der Steuerlast gegenüber den direkten Steuern leicht abgenommen, was den unteren Einkommensschichten überproportional zugutekommt. Der unmittelbare Umverteilungseffekt und der Beitrag zur Armutsbekämpfung sind jedoch minimal, was sich durch die Lebenswirklichkeit im Land erklärt. Für die Armen ergibt sich kaum eine Entlastungswirkung, da ihr Einkommen (wenn es überhaupt im formalen Sektor generiert wurde) auch vor der Reform unterhalb des Freibetrags lag. Überdies fragen arme Schichten Waren und Dienstleistungen in Geschäften nach, die im Allgemeinen im informellen Sektor tätig sind und daher auch nicht von der Reduzierung der Mehrwertsteuer profitieren. Gleichzeitig hat die stärkere Belastung der kleinen vermögenden Schicht (das vermögendste Zehntel zahlt ca. 40 Prozent mehr Steuern als vor der Reform) auf die Sekundärverteilung nur geringen Einfluss.

1. In einigen Branchen, insbesondere bei Hausangestellten (57,5 Prozent) und im Baugewerbe (33,3 Prozent), bleibt die Informalität jedoch ein weitverbreitetes Phänomen.

2. Einkommen aus abhängiger Beschäftigung, Renten und Pensionen wurden bereits vor der Reform besteuert, nicht jedoch die aus selbständiger Tätigkeit sowie Kapitalerträge. Einer stringenten Logik entbehrten auch die Unternehmenssteuern. Je nach Rechtsform unterlagen einige Unternehmen der Besteuerung, andere nicht.

Aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit gestaltete die Regierung die Steuerreform aufkommensneutral.³ Mehr als 70 Prozent der abhängig Beschäftigten im formalen Sektor liegen unter dem Freibetrag und führen damit keine Einkommenssteuer ab. Der Höchststeuersatz für Einkommen beläuft sich auf moderate 25 Prozent und die überwiegende Mehrheit der steuerpflichtigen Arbeitnehmer(innen) zahlt weniger als zehn Prozent Einkommenssteuer. Nichtsdestotrotz war die Steuerreform das umstrittenste Projekt der ersten Regierung der *Frente Amplio*, und gefährdete sogar zeitweise sogar deren Wiederwahl. Bemerkenswert ist, dass die Proteste sich nicht auf die Schichten begrenzten, die steuerlich stärker belastet werden und in den Wahlen 2004 der Regierung zur absoluten Mehrheit verholten hatten. Vielmehr konnten, allen Informationskampagnen zum Trotz, auch die Bevölkerungskreise nicht von der Reform überzeugt werden, die direkt oder indirekt von ihr profitieren.

Die Sozialreformen: Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde in Uruguay ein Sozialsystem geschaffen, das weltweit als wegweisend galt. Die heutigen Reformen der *Frente Amplio* müssen daher im Kontext einer sozialstaatlichen Tradition gesehen werden, die auch in der Liberalisierungsperiode der 1990er Jahre nicht grundlegend infrage gestellt wurde. Nichtsdestotrotz stand die *Frente Amplio* bei der Regierungsübernahme vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen verlangte der sprunghafte Anstieg der Armut als Folge der Krise 2002 nach einer gezielten Intervention des Staates. Zum anderen bedarf der uruguayische Sozialstaat struktureller Reformen, um seine Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Zur Reduzierung der Armut griff die Regierung auf Maßnahmen zurück, die bereits in anderen Ländern der Region erfolgreich angewandt wurden. Es handelt sich dabei um Programme, die assistenzialistische Leistungen mit der Erfüllung bestimmter Konditionen durch die Leistungsempfänger(innen) verknüpfen. Durch die gesellschaftlichen Wiedereingliederungsangebote soll

nicht alleine Armut, sondern soziale Exklusion in einem umfassenderen Sinne bekämpft werden. Der *Plan de Asistencia Nacional a la Emergencia Social* (PANES) trat wenige Wochen nach dem Amtsantritt in Kraft und richtete sich gezielt gegen die extreme Armut. Das „Bürgergeld“ (*Ingreso Ciudadano*), die zentrale Transferleistung des PANES, wurde bei Erfüllung der Schulpflicht sowie regelmäßiger Gesundheitsuntersuchungen der Kinder gezahlt. Weitere Komponenten wie Alphabetisierungsprojekte und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ergänzten das Programm. Nach zwei Jahren wurde PANES durch den *Plan de Equidad* abgelöst, der bis heute in Kraft ist. Das neue Programm ist umfassender ausgerichtet und strukturiert zahlreiche staatliche Einzelleistungen. Sein Ziel ist die langfristige Armutsbekämpfung: Der Plan ist auf Familien ausgerichtet und soll die gesellschaftlichen Aufstiegschancen von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien verbessern.

Einen zentralen Stellenwert in den Strukturreformen des Sozialstaates nimmt die Gesundheitsreform ein. Das uruguayische Gesundheitssystem hatte sich zu einem Zweiklassensystem entwickelt, in dem genossenschaftlich organisierte und private Kassen ihren finanzstarken Mitgliedern eine umfassende Gesundheitsversorgung anbieten konnten, während die weniger Begüterten mit dem öffentlichen System vorliebnehmen mussten, das aufgrund chronischer Unterfinanzierung nur eine mangelhafte medizinische Versorgung garantierte. Mit der Reform wurde ein integriertes nationales Gesundheitssystem geschaffen. Die Beitragszahlungen der Arbeitgeber(innen) und Arbeitnehmer(innen) laufen in einem staatlichen Fonds zusammen, der die Mittel den einzelnen Kassen und ihren Versorgern nach festgelegten Kriterien zuweist. Auf diese Weise konnte die Qualität der öffentlichen Versorgung erheblich verbessert werden, was überwiegend den unterprivilegierten Schichten zugutekommt. Kinder sind nun durch ein Umlagesystem bei ihren Eltern mitversichert. Die Gesundheitsreform wurde so auch als indirektes Instrument zur Armutsbekämpfung genutzt, da die Mitversicherung von Kindern eine erhebliche finanzielle Entlastung für einkommensschwache Familien mit sich bringt. Mit der Reform unterstreicht der Staat überdies seinen Anspruch, die privaten Anbieter im Gesundheitssektor zu koordinieren und Qualitätsstandards zu setzen.

3. Die uruguayische Steuerquote beläuft sich auf 18,0 Prozent des BIP (2009), die Abgabenquote auf 25,7 Prozent. Sie liegt damit zwar über dem Durchschnitt in Lateinamerika, jedoch unter dem Niveau europäischer Länder.



Vermögensverteilung: geringe Fortschritte trotz erfolgreicher Armutsbekämpfung

Unter der ersten progressiven Regierung in Uruguay hat sich die soziale Lage im Land zweifelsohne verbessert. Der Anteil der extrem Armen an der Gesamtbevölkerung konnte von 3,5 Prozent (2005) auf 1,7 Prozent (2008) mehr als halbiert werden. Der Anteil der Armen reduzierte sich im gleichen Zeitraum von 29,3 Prozent auf 20,6 Prozent. Damit nähert sich die Armutssituation dem Vorkrisenniveau an (2001: 1,32 Prozent bzw. 18,82 Prozent).

Bei der Beurteilung der Reformpolitik ist jedoch die Frage unabdingbar, ob die Verbesserung der sozialen Lage in erster Linie auf die Maßnahmen der Regierung zurückgeht oder aber eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs ist. Nach einer Simulation des uruguayischen Planungsamts geht der Rückgang der Armut in stärkerem Maß auf den Wirtschaftsboom als auf die Reformen zurück. Allerdings muss hierbei zwischen extremer Armut und Armut unterschieden werden. Im ersten Fall hat die staatliche Unterstützung nicht nur zu einer insgesamt geringeren Zahl an extrem Armen, sondern auch zu einem sehr viel rascheren Rückgang geführt, als dies ohne die Transferleistungen möglich gewesen wäre. Im Hinblick auf die Reduzierung von Armut fällt der Einfluss staatlicher Leistungen deutlich geringer aus.

Jahr 2008	mit Reformen	ohne Reformen (Simulation)
Anteil extremer Armut	1,7 Prozent	2,36 Prozent
Anteil Armut	20,6 Prozent	22,95 Prozent

Für soziale Inklusion ist also die Integration in den Arbeitsmarkt, die extrem Armen jedoch häufig verschlossen ist, letztendlich entscheidender als Sozialtransfers. Hiermit im Einklang steht die Erkenntnis, dass den Transferleistungen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen eine Schlüsselrolle zukommt. Im Gegensatz zu früheren Krisen ist die Armutsrate in der internationalen Krise 2009 nicht gestiegen.

Trotz diesen unbestreitbaren Fortschritten in der Armutsbekämpfung und der umfangreichen Ausgaben für Sozi-

maßnahmen konnte die Regierung im Hinblick auf eine gerechtere Vermögensverteilung nur begrenzte Erfolge erzielen. Der Gini-Koeffizient hat sich von 0,46 (2004) auf 0,43 (2009) verbessert.⁴ Die Vermögensverteilung in Uruguay entspricht in etwa derjenigen in den USA und liegt heute auf dem gleichen Niveau wie Anfang der 1980er Jahre. Bemerkenswert ist jedoch die Vermögensverteilung zwischen den Generationen. Während Uruguay gesamtgesellschaftlich seit Jahrzehnten zu den egalitärsten Ländern in Lateinamerika zählt, ist die intergenerationelle Verteilungsgerechtigkeit die schlechteste in der Region. Eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Kindern (40 Prozent der unter 14-Jährigen) lebt trotz der fokussierten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung nach wie vor in Armut, wohingegen ein teures Rentensystem (zwölf Prozent des BIP) die Altersarmut (sechs Prozent der über 65-Jährigen) niedrig zu halten vermag. Ob eine stärkere Umverteilungspolitik, wie sie von Teilen der *Frente Amplio* und des Gewerkschaftsdachverbands PIT-CNT als Bringschuld einer linken Regierung gefordert wird, auf die Zustimmung der Bevölkerung trafe, ist allerdings fraglich: Zu den umstrittensten Maßnahmen der Regierung Vázquez gehörten laut Meinungsumfragen neben der Steuerreform auch das Armutsbekämpfungsprogramm PANES.

Die unbewältigten Aufgaben: Bildungs- und Staatsreform

Über Parteigrenzen hinweg besteht Einigkeit, dass die Reform des uruguayischen Bildungswesens die wichtigste Aufgabe des kommenden Jahrzehnts ist: Nach Ansicht von Experten werden die Defizite des einst ausgezeichneten Bildungssystems in wenigen Jahren ein ernsthaftes Entwicklungshemmnis für das Land darstellen. Bei den PISA-Tests 2006 hat Uruguay in der Gruppe der schwächsten der 57 Teilnehmerländer abgeschnitten. Die mangelhafte Ausbildung der Lehrkräfte, fehlendes Lehrpersonal, veraltete Curricula und häufiger Unterrichtsausfall führen dazu, dass die Qualität der Lehre den Anforderungen der modernen Wissensgesellschaft nicht standhält. Das Niveau der Bildung unterscheidet sich überdies zwischen wohlhabenden und ärmeren

4. Der wichtigste Indikator für die Messung sozialer Gleichheit ist der Gini-Koeffizient. Je höher sein Wert, desto ungleicher ist die Verteilung von Einkommen und Besitz innerhalb einer Gesellschaft. Eine aktuelle Liste mit den Gini-Koeffizienten enthält der Human Development Report 2009: Overcoming barriers: Human mobility and development, S. 195.

Stadtvierteln, zwischen staatlichen und privaten Schulen so grundlegend, dass das gegenwärtige Bildungssystem eine entscheidende Rolle dabei spielt, die gesellschaftliche Ungleichheit zu reproduzieren. Unter der Regierung Vázquez wurden die Bildungsausgaben auf 4,5 Prozent des BIP erhöht, was beinahe einer Verdoppelung der Mittel im Vergleich zur vorangehenden Legislaturperiode gleichkommt. Nichtsdestotrotz sind die bisherigen Erfolge marginal, was nicht nur auf ein fehlendes Reformkonzept zurückgeht, sondern auch auf die Gewerkschaften im Bildungssektor, die mit ihrer Streikmacht tief greifende Reformen verhindern. Ein fehlendes System der beruflichen Ausbildung trägt überdies dazu bei, dass 40 Prozent der jungen Menschen (vor allem Frauen) als gering qualifiziert gelten und die Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen 21 Prozent erreicht.

Eine Herkulesaufgabe hat sich bereits die erste Regierung der *Frente Amplio* mit der Staatsreform gestellt. Die öffentliche Verwaltung, die über Jahrzehnte und wechselnde Regierungen hinweg zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt wurde, muss nicht nur abgebaut und neu strukturiert werden, um Verwaltungsvorgänge im Sinne der Bürger(innen) zu vereinfachen. Darüber hinaus muss ein Statut erarbeitet und umgesetzt werden, das den öffentlichen Dienst von den Einstellungskriterien über die Aufstiegsmöglichkeiten und Hierarchien bis hin zu einem einheitlichen Tarifsysteem neu regelt. Eine derartige Reform, die an den Privilegien der Staatsbediensteten rührt, ist nur mit Unterstützung der Gewerkschaften möglich. Reformansätze sind bislang an den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die den radikalen Flügel innerhalb des PIT-CNT bilden, gescheitert.

Progressive Politik in Uruguay – ein Zwischenfazit

Die erste Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ist bis heute als das „goldene Zeitalter“ des Landes, das sich damals nicht nur durch seinen Wohlstand, sondern auch durch eine der fortschrittlichsten Arbeits- und Sozialgesetzgebungen der Welt auszeichnete, tief im kollektiven Gedächtnis Uruguyas verankert. Nach Jahrzehnten des Niedergangs und der Wirtschaftskrisen ist es Uruguay gelungen, wieder Anschluss an die Weltwirtschaft zu gewinnen. Die Regierungen der *Frente Amplio* haben einen Reformweg eingeschlagen, der aus einer Vielzahl von klug ineinandergreifenden Maßnahmen in unterschiedlichen Politikfeldern besteht und breiten Kreisen der Bevölkerung einen spürbaren Wohlstandsgewinn ermöglicht. Zweifelsohne sind noch weitere tief greifende Reformmaßnahmen notwendig, um die Sozialsysteme auf die Herausforderungen der Zukunft – an erster Stelle die negative demographische Entwicklung – vorzubereiten. Nichtsdestoweniger belegt Uruguay heute (in einer Umfrage des *Latinobarometro*, die wohlgermerkt vor der Fußballweltmeisterschaft erhoben wurde) im Hinblick auf den Zukunftsoptimismus den vierten Rang in Lateinamerika. Eine erstaunliche Entwicklung, schließlich setzen die Uruguayer(innen) damit ihren sorgsam gehüteten Ruf als melancholische und rückwärtsblickende Nation nachhaltig aufs Spiel.



Über die Autoren

Andreas Wille und Katharina Meier leiten die Friedrich-Ebert-Stiftung in Uruguay.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-26935-7784 | Fax: ++49-30-26935-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen / Kontakt:
info-lak@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-86872-543-8